

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/42. Jahrgang

August 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

Gießen, Samstag, 16. Juli 2011, 8.55 Uhr, Diezstr.



Begleitet von mehreren Mannschaftswagen führte die bewaffnete Polizei ohne jeden ersichtlichen Grund „Personenkontrollen“ durch mit: An-die-Wand-stellen, Abtasten, Ausweiskontrolle... Passanten wurden aufgefordert, weiterzugehen, weil sie – so erst auf Nachfrage – „polizeiliche Ermittlungen stören“ würden. Anscheinend waren die Polizisten auf schwarz gekleidete Männer abgerichtet. Denn das war kein Einzelfall. Selbst vor dem DGB-Haus wurden ähnlich gekleidete Beschäftigte des DGB (obwohl sie sich als solche ausweisen konnten) abgeführt und wie Verbrecher kontrolliert, ohne einen Grund dafür zu erfahren.

Aber das wird ein Nachspiel haben. Die Linksfraktion im Landtag hat einen umfangreichen Berichtsantrag zu dem martialischen Polizeiaufgebot in Gießen gestellt, der mit ca. 4000 Polizisten der größte war, der bisher in Hessen stattfand. Darin wird nicht nur nach Umfang, Kosten und Ziel des Einsatzes gefragt, sondern u.a. auch ob es eine „Funkzellenabfrage“ gegeben habe, d.h. ob – wie in Dresden während der Anti-Nazi-Demo – Handys abgehört wurden. Auch Michael Janitzki, Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, hat hierzu eine Anfrage gestellt.

Gesetzlicher Mindestlohn: 10 E, brutto! Hartz-IV-Eckregelsatz: Mindestens 500 E!

Für diese Forderungen, die von einem breiten Bündnis sozialer Protestorganisationen aufgestellt sind, sammelten Gießener Montagsdemonstranten am 13. 8. mit einem Infostand im Seltersweg Unterschriften. **Weitere Forderungen sind u.a.:**



* Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Inhalt:

London/Mauer/Terror	S.2
Nach dem 16.7./Gießen + Hiroshima	S.3
Amok in Norwegen/Merkel/ZAUG	S.4
...gehts bergab/EU-Sparanordnungen	S.5
Nazigeschmier/Ökostrom/Buchtip	S.6
Leserbriefe	S.7
Keine Bomben auf Libyen!/Termine	S.8

Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre Lang zu 80% des Nettolohns.

* Grundrente in Höhe von 1000 Euro brutto als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung

* Rente mit 60 ohne Abschläge

* Wiederherstellung der paritätischen Kranken- und Pflegeversicherung

* Wiederanhebung... des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer mindestens auf den Stand von 56%.

* Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten.

Weitere Infos und Unterschriftenlisten gibt es montags von 18 - 19 Uhr bei den Schwätzern im Seltersweg.

1. September - Antikriegstag



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

London: Ohnmacht, Wut, Verzweiflung

Eigentlich war es nur eine Frage der Zeit, bis der angestaute Frust ausbrach. Noch Anfang August hatten Kriminologen gewarnt, daß aufgrund der Kürzungen im Sozialbereich gewalttätige Straftaten zunehmen werden.

Eine der ersten Amtshandlungen von David Cameron, seit Mai 2010 Englands Premier, war die Anordnung von Haushaltskürzungen in Höhe von 83 Milliarden Pfund (95 Mrd. Euro) bis 2015, davon ein Großteil im Sozialbereich (Kindergeld, Jugendförderung, Wohngeld).

Von 12 auf 20% ist die Jugendarbeitslosigkeit in England in den letzten zehn Jahren gestiegen; in manchen Stadtteilen liegt die Kinderarmut bei

75%. Diese Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, die keinerlei Chancen auf ein ausreichendes Einkommen, auf ein sinnvolles Leben haben, ist die Ursache der „Krawalle“.

Unmittelbarer Auslöser war der Tod eines jungen Schwarzen, der von der Polizei erschossen worden war und zu – anfänglich – friedlichen Demonstrationen führte, die dann eskalieren.

Die Gewalt richtete sich jedoch nicht gegen die Reichen und Verantwortlichen des sozialen Elends, sondern wahllos gegen das eigene Umfeld – auch mit krimineller Energie.

Cameros Reaktion kann nicht zynischer ausfallen: Er geht mit äußerster Härte vor und will u.a. den betroffenen

Jugendlichen jegliche finanzielle Zuwendung streichen – mit dem Ergebnis, daß sie dann erst recht kriminell werden müssen.

Die Ursachen solcher Ausschreitungen werden nicht benannt, geschweige denn zu beseitigen versucht. Im Gegenteil: die kapitalistischen Zwänge des „Sparens“ bei den Armen zugunsten von Profitmaximierung der Reichen werden die Konflikte verschärfen und weiteren soziale Zündstoff liefern. Und das nicht nur in London, sondern auch in Paris, Athen, Rom, Madrid, Lissabon... Berlin.

Es sind die gesetzmäßigen Folgen der (selbst)zerstörerischen Kräfte des Kapitalismus.

Erika Beltz



"Eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg"

In den Jahren 1949 bis 1961 wurde die DDR durch Wirtschafts- und Währungsmanipulationen um mehr als 30 Milliarden DM geschädigt, auch durch gezielte Abwerbung von hochqualifizierten Fachkräften.

Dieses Konzept wurde offen – z.B. in der CDU-nahen „Bonner Rundschau“ am 9. Juli 1961 verkündet: „... daß sich der freie Westen instandsetzen müsse, alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur die herkömmlichen Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstands, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr...“

Sie wähten sich unmittelbar vor dem Ziel, „mit wehenden Fahnen unter klin-

gendem Spiel durch das Brandenburger Tor“ in die Hauptstadt der DDR ein- und von dort weiterzumarschieren, gab der „Industriekurier“ am 2. September 1961 zu.

Bereits am 5. November 1957 hatte Heinrich Krone (CDU) im Bundestag deutlich gemacht: „Wenn wir von der Wiedervereinigung sprechen, meinen wir doch alle nichts anderes als die Liquidation des derzeitigen Machtregimes.“

Bundes„verteidigungs“minister Franz Josef Strauß verkündete: „Es gibt heute für die militärische Vorbereitung... nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt.“

(solche Zitate gibt es massenhaft). Dagegen US-Präsident John F. Kennedy: „Das ist keine besonders gute Lösung. Aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.“

Was ist Terrorismus?

Um diese Frage hat sich die Bundesregierung immer gedrückt. Aber es gibt eine offizielle Definition; in einem Gesetzestext steht: „Terrorismus ist die rechtswidrige Anwendung von Gewalt, um politische Belange durchzusetzen.“ Darauf wies Oskar Lafontaine nochmals im Juni*) hin und zitierte aus seiner Rede im Bundestag, in der er sich darauf berufen hatte: „...das haben wir alle beschlossen... Also haben wir jetzt beschlossen: Bush und Blair und viele andere (zu nennen wären Obama, Sarkozy, Merkel.... d. Red.) sind Terroristen. Ist ja wunderbar, daß Ihr zu dieser Einsicht gekommen seid.“ Er fügte hinzu: „Es ist keiner aufgestanden, weder die CDU noch die FDP, keine Empörung, denn sie konnten gegen die Macht der Worte in dem Moment gar nichts sagen.“ *) s. „junge Welt“ v. 4.6.2011

16. Juli: Nicht an einem Tag des Aufbegehrens belassen!

Etwa 4000 Polizisten hatten die Aufgabe, die Faschisten zu beschützen. Frage: Wieso ist ein derartig großes Polizeiaufgebot für ca. 130 Nazis erforderlich? Auch zum Schutz der Bevölkerung wären weit weniger Polizisten erforderlich gewesen. Das ganze Theater einschließlich der nötigen Totalsperrung aller Lahnbrücken, die die Stadt Gießen teilte, ist als Notstandsübung zu sehen, um die Bevölkerung für andere Fälle vorzubereiten. Hier wurde martialische Polizeipräsenz praktiziert, an die man sich gewöhnen soll.

Nächste Frage: Wieso durften die Nazis ihre Hassrede vor dem Neustädter Tor abhalten? Waren Polizei und Ordnungsamt nicht in der Lage, sie jenseits der Lahnbrücke bzw. Bahnlinie zu halten? Waren Polizei und Ordnungsamt darauf eingeschwo- ren, den Nazis diesen Platz zu überlassen, um deutlich zu machen: in Gießen werden Nazis nicht erfolgreich blockiert – nicht noch einmal Friedberg. Wer hat Polizei und Ord-

nungsamt angewiesen? Die Verantwortung liegt doch wohl nach „demokratischen“ Regeln bei der Stadt, also OB und Magistrat. Es sind weitere Fragen zu klären wie die Informationspolitik, das Verheimlichen von Nazitreffpunkt und -route bis zuletzt; wer hat in Gießen das Sagen, sollen Faschisten grundsätzlich die Möglichkeit zum Auftritt in unserer Stadt erhalten wie in Wetzlar?

Positiv war die Beteiligung an den vielen Aktionen des Bündnisses „Gießen bleibt bunt“ und das Auftreten Tausender Antifaschisten, die dem Aufruf „Gießen nazifrei“ gefolgt, Zivilcourage gezeigt und gegen die Faschos auf die Straße gegangen sind. Hingewiesen werden soll hier auf den Satz von Max Horkheimer: *Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.*

In diesem Sinne hatte ich mit meinem Redebeitrag auf dem Kirchenplatz auf

das kapitalistische System hingewiesen, dass jederzeit bei Bedarf auf faschistische Strukturen zurückzugreifen bereit ist. So ist auch das Interesse des Staates zu verstehen, der ein NPD-Verbot ablehnt und mit Hilfe u. a. des Verfassungsschutzes Naziorganisationen erhält und fördert. Für uns Kommunisten und andere linke Kräfte bleibt die Frage: Ist es uns gelungen, das Bewusstsein für solche Zusammenhänge zu schärfen, eine Einheitsfront gegen Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Kriegsverherrlichung und damit gegen faschistisches Gedankengut voranzubringen? Oder belassen wir es an einem Tag des Aufbegehrens und einiger Parolen?

Die DKP wird auch weiterhin gegen das kapitalistische Profitsystem als der Grundlage möglicher faschistischer Machtübertragung kämpfen auch mit dem Gießener Echo.

Michael Beltz

Wegen Nazis Sonntagsarbeit?!

Einzelhandel und Marktbesucher beklagen Verluste am 16. Juli. Das ist verständlich. Unverständlich ist, daß deswegen die Verkäuferinnen und Verkäufer mit einem zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag bestraft werden sollen, wie OB Grabe-Bolz anregte...



Gießens Städtepartnerschaft mit Hiroshima

Mit folgendem Antrag an das Stadtparlament fordert Michael Beltz, DKP, Stadtverordneter der Linksfraktion, endlich der vor fast 26 Jahren beschlossenen Städtepartnerschaft Taten folgen zu lassen:

Der Magistrat der Stadt Gießen erfüllt die am 19.10.1985 durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossene, von Hiroshima und Nagasaki initiierte Städtepartnerschaft zur „Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“, mit Leben. Das heißt u.a.:

* Anbringung des Namens an den Eingangsschildern der Stadt, auf denen auch die anderen Partnerschaf-

ten erwähnt sind,

* Benennung eines Platzes/einer Straße nach Hiroshima, z.B. den Katharinenplatz, der in der Friedensbewegung in Gießen schon lange Hiroshima-Platz heißt

* Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und -feste, die Herausgabe von Büchern und Broschüren, Bilder und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen

Begründung:

Die Katastrophe von Fukushima weist uns 25 Jahre nach Tschernobyl erneut auf die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft hin. Wieviel größer die Gefahr im Falle des Abwurfes

von Atombomben ist, haben die Bombenabwürfe auf die beiden japanischen Städte gezeigt. Hunderttausende Menschen gingen elend zugrunde. In der Erkenntnis der atomaren Kriegsgefahren hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen am 17.10.1985 Gießen zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Am 19.10.1985 war im Gießener Anzeiger zu lesen: „...beschlossen die Abgeordneten sämtlicher Fraktionen einstimmig, dass Gießen dem von zwei japanischen Städten initiierten „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten soll.“

Kein 'Psychopath', sondern 'Spitze des Eisberges'

Es geht nicht darum einen weiteren ferndiagnostischen Schnellschuss zu landen und dem von echten und selbsternannten „Experten“ nachzueifern, die schon feste Erklärungen bei der Hand haben, mit denen sie den anti-kommunistischen und antiislamischen Massenmörder von Norwegen im Hauruck-Verfahren zum schwerst-gestörten Psychopathen erklären. Alles Mögliche kann zu „psychologischen“ Deutungen herangezogen werden: sein Einzelgängertum könnte auf „frühkindliche Störungen“, seine kaltblütige, selbstherrliche Arroganz als „Narzissmus“, seine Freudenschreie, die er beim Erschießen der Jugendlichen ausgestoßen haben soll, auf eine unglaubliche Bestialität, Amoralität, Asozialität und allerschwerste „Persönlichkeitsstörung, kombiniert mit einer Psychose aus dem schizophränen Formenkreis“ interpretiert werden und dergleichen mehr... In seiner 1500 (!!)-Seiten langen Erklärung „2083 Eine Europäische Er-

klärung der Unabhängigkeit“ erklärte Anders Behring Breivik, ehemaliges (?) langjähriges Mitglied (offiziell von 1999-2006) der „rechten“ norwegischen Fortschrittspartei mit zweijähriger verantwortlicher Funktion in deren Jugendverband, sein in sich logisches und stimmiges Motiv. Er erklärt Kommunisten, Marxisten und Linken, den „Multikultis, Gutmenschen“ und Einwanderern den Krieg und ruft zu einem neuen Kreuzzug auf: gegen Kommunisten, gegen Islamisten, gegen alle, die nicht so „norwegisch“ aussehen wie er selbst und die nicht so denken wie er. Das im Internet anzusehende Video spricht für eine klare, gut strukturierte und professionell auf- und vorbereitete Aktion - ein Dummkopf und Medienlaie und Wirrkopf spricht hier nicht. Alles ist präzise und klar. Der so gut und rational vorgehende Massenmörder - an dessen Einzelgängertum ich bei der umfangreichen und vieljährigen Vorbereitung und der

hohen Professionalität absolut nicht glaube, hatte sich mit erschreckender Logik vorgenommen, die Nachwuchselite der norwegischen „Marxisten und Kommunisten“ zu liquidieren.

Genau so „rational“ und in sich stimmig war der Kommissarbefehl Hitlers vor dem Angriff auf die Sowjetunion. Die „politische Elite innerhalb des feindlichen Heeres“, der Roten Armee, musste und sollte sofort und gnadenlos liquidiert werden. Ohne Urteil, ohne Prozess, sofort bei Gefangennahme, ohne zu zögern und ohne Ausnahme. Nicht anders die Vorgehensweise von Breivik. Eine in sich stimmige brutale Konsequenz, die er mit aller Raffinesse und Kaltschnäuzigkeit realisierte. Ein Psychopath?

Nein, ein bis zum bitteren Ende „konsequenter“ Anti-Kommunist. Und - er ist nur die Spitze eines Eisberges. Dr. Hans-Peter Brenner (Diplompsychologe und Psychotherapeut) (aus UZ, Zeitung d. DKP v. 29. 7.11)



Merkels Sprüche statistisch widerlegt

Eine Studie einer französischen Bank über die Arbeitszeiten in Europa widerlegt die Kritik von Kanzlerin Merkel an der Arbeitsmoral in den krisengeschüttelten südlichen Euro-Ländern. Laut der Studie der Natixis Bank, die sich in erster Linie auf Zahlen des Statistikamtes Eurostat und der OECD bezieht, beträgt die jährliche Arbeitszeit eines Deutschen im Durchschnitt 1390 Stunden. Eine Griechin arbeitet demnach durchschnittlich 2119 Stunden im Jahr, ein Italiener 1773, ein Portugiese 1719, ein Spanier 1654 und ein Franzose 1554 Stunden.



Skandal bei ZAUG

Nicht wegen 1-Euro-Jobs oder dergleichen geriet ZAUG kürzlich in die Schlagzeilen, sondern wegen Fotos feixender Frauen auf der Herrentoilette, die über die Herren bei der Verrichtung ihrer Geschäfte lachen.

Zwar hängen die Bilder schon - mit Zustimmung des Betriebsrats - vier Jahre dort, ohne daß sich jemand daran störte; aber jetzt sollen sie abgehängt werden. Sie stammen übrigens aus der Diplomarbeit eines Fotografen.

Anderswo ist man nicht so zimperlich. Das Foto links befindet sich (in Lebensgröße) in einer Damentoilette in Lissabon.

Von nun an geht's bergab

Es gibt keine Grenze der Gefahr, von Vernunft und Anstand, die der Kapitalismus heute nicht überschreitet, um sein Überleben zu retten. Da gab sich die Europäische Währungs-gemeinschaft einmal in Maastricht Stabilitätskriterien: Die Schulden eines Mitgliedslandes dürfen unter anderem 60% des Bruttoinlandsprodukts, also der jährlichen Wirtschaftsleistung, nicht übersteigen. Es war der deutsche Finanzminister Weigel (CSU), der hierauf gedrungen hatte. Davon spricht heute niemand mehr, und keineswegs nur in Bezug auf Griechenland. Zur Rettung von Banken und Industrie schnürten alle Industriestaaten dieser Welt gewaltige Rettungspakete, die kurzfristig aus der Bredouille helfen sollten, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Zukunft. Auch eine starke Exportnation

wie die deutsche hat die öffentlichen Schulden auf 2 Billionen Euro und 85% des BIP hochgeschraubt. Die USA sind bei einer Staatsverschuldung von 15 Billionen Dollar und bald 100% der jährlichen Wirtschaftskraft angelangt, was einstmals auch unter bürgerlichen Ökonomen als lebensgefährliche Schuldengrenze galt. „Griechenland ist überall“, sagt der Anlagestrategie der Deutschen Bank.

Da eine Alternative zum Kapitalismus für deren Vertreter außerhalb aller Denkmöglichkeit liegt, haben sie es sich angewöhnt, auch das wild wuchernde Krebsgeschwür ihrer Ökonomie als Zeichen eines vor Gesundheit strotzenden Wachstums zu nehmen. Da muss es schon schlimm kommen, dass sie mulmiges Gefühl zeigen. Der „Spiegel“ fragt



EU-Kommission: Runter mit Löhnen, Renten, Sozialleistungen

In vielen Staaten der EU nimmt die Empörung in der Bevölkerung gegen ihre Regierung immer weiter zu. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene sind es, die auf die Straße gehen – mit gutem Grund. Fast die Hälfte der Menschen unter 25 Jahre sind in einigen Ländern arbeitslos, oft trotz guter Ausbildung. Auch vielen Beschäftigten fehlt eine gute Perspektive für die Zukunft, ihre Arbeit ist zeitlich befristet, schlecht bezahlt. Die Kommission der EU arbeitet mit voller Kraft dafür daß es so bleibt. Seit diesem Jahr gibt es in der EU ein Instrument vorbeugender Überwa-

chung der Mitgliedstaaten mit dem merkwürdigem, verschleierndem Namen „Europäisches Semester“. Alle Regierungen müssen ihre Haushaltspläne und Finanzplanungen der EU-Kommission im Voraus vorlegen. Die Kommission gibt nach Prüfung den Regierungen dann verbindliche Empfehlungen, in denen ein Bestandteil niemals fehlt: Die Staaten werden aufgefordert, das Rentenalter heraufzusetzen. Für junge Menschen bedeutet das natürlich, daß sie noch schlechtere Aussichten auf einen Arbeitsplatz haben.

Es gibt sogar Bestrebungen in der

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Allianz-Chef Michael Diekmann: „Bisher haben die Hilfspakete und Rettungsschirme die Probleme nur immer weiter verschoben und nie wirklich gelöst. Zuerst waren die Banken in Gefahr, dann drohen komplette Staaten zu kollabieren. Und was kommt dann?“ Diekmann: „Nichts...“ „Spiegel“: „Möglicherweise sind die Probleme innerhalb dieses Systems gar nicht zu lösen, weil die Staatsschulden inzwischen so gewaltige Dimensionen angenommen haben.“ Diekmann: „Wenn man zu dieser Erkenntnis käme, wären wir wirklich verloren.“

„Die Lage ist todernst“, titelt die „Welt am Sonntag“ Ende Juli. Und: „Von nun an geht's abwärts.“ Der Börsencrash zeigt, dass die Welt des Kapitals so kurz nach dem letzten Absturz schon wieder am Abgrund steht. Die Krise ist seit den siebziger Jahren chronisch und global, eine allgemeine Krise des Kapitalismus. Die „Welt am Sonntag“ vom 7. August zitiert einen Hedgefonds-Manager: „Wir zahlen jetzt den Preis für das exzessive Kreditwachstum der vergangenen 30 Jahre.“ Das trifft es recht gut. So hilflos und hektisch die Agenten des Kapitals agieren, in einem sind sie sich einig: Die Folgen der Krise sollen auf diejenigen abgewälzt werden, deren Reallöhne schon seit 1990 sinken und deren Jobs auch bei guter Qualifikation immer unsicherer werden.

Klaus Mewes

EU, durch eine verbindliche Richtlinie die Mitgliedsstaaten zu zwingen, das Renteneintrittsalter kontinuierlich an die Lebenserwartung anzupassen, also Jahr für Jahr heraufzusetzen. Ergänzend bekommen die Länder die Empfehlung, für längere Arbeitszeiten zu sorgen, Vorschriften für den Kündigungsschutz zu lockern sowie weniger und kürzer Arbeitslosengeld zu zahlen.

Die EU dient ausschließlich den Interessen der europäischen Konzerne – die Empörung darüber kann nicht groß genug werden!

Gernot Linhart

Nazi-Schmierereien in Gießen

Pressemitteilung:

Am 3.8.2011 wurde am sog. Gartenhaus der Justus-Liebig-Universität Gießen, in dem sich die Räume des Autonomen queer-feministischen Frauenreferats und des Autonomen Schwulen-Trans*-Queer-Referats – beide im AStA der JLU – befinden, ein gesprühtes Hakenkreuz und die Zahl „2083“ entdeckt.

Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um eine homophobe und frauenfeindliche Tat handelt, da sich „2083“ auf das „Manifest“ „2083. A European Declaration of Independence“ („2083. Eine europäische Unabhängigkeitserklärung“) bezieht. Dieses Manifest, welches Anders

Breivik verfasste und veröffentlichte, kurz bevor am 22. Juli 2011 in Oslo über 70 Personen tötete, ruft zu Mord an Lesben, Schwulen und Feministinnen auf. Die beiden autonomen Referate, deren Aufga-



be es ist, an der Universität und in der Stadt Gießen benachteiligten und oft diskriminierten Personen Stimme zu verleihen und so das Studium für Frauen, Lesben, Schwule, Trans*-Personen und andere diskriminierungsfreier zu machen, haben sich mit der Ausübung ihrer Auf-

gaben zum Ziel von Anfeindungen gemacht. -

Der Sprüh-Anschlag soll wahrscheinlich dazu führen die Referentinnen und Referenten der beiden Referate einzuschüchtern und ihre Arbeit zu unterbinden. Die Schmierereien sprechen jedoch auch dafür, dass die Arbeit des Frauenreferats und des Schwulenreferats wahrgenommen wird und dass Homophobie und Diskriminierung von Frauen und anderen Personengruppen heute noch ein aktuelles und nicht zu unterschätzendes Thema auch im universitären Raum sind. Die beiden Referate ziehen aus dem Angriff auf das Gartenhaus die Erkenntnis,

dass sie sich in Zukunft noch selbstbewusster und sichtbarer in Gießen und Umgebung für ein toleranteres Leben und Lieben einsetzen werden.

Sofort nach dem Entdecken des Hakenkreuzes wurde versucht, Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten, was durch die Polizei erschwert wurde, die erst am nächsten Tag kam, um sich ein Bild von den Schmierereien zu machen und die Anzeige aufzunehmen. Für was die Zahl „2083“ steht, mussten die Beamten sich allerdings erklären lassen.

Ökostrom – oft nur Etikettenschwindel

Nach dem von der Bundesregierung beschlossenen Zeitlupen-Ausstieg aus der Kernenergie gilt Strom aus erneuerbaren Energieträgern als Energie der Zukunft. „Bahn stellt um auf Ökostrom“, „XY setzt auf norwegische Wasserkraft“ – mit solchen Schlagzeilen machen Firmen und Organisationen auf sich aufmerksam und geben sich ein grünes Mäntelchen. Das hört sich erst mal gut an, mit der allseits geforderten Energiewende hat das aber nichts zu tun. Der angebliche Ökostrom, den die Bahn zukünftig verbrauchen will, kommt aus deutschen Wasserkraftwerken. Dort wird er aber schon seit Jahren oder Jahrzehnten produziert und ins Netz eingespeist. Wenn dieser Strom jetzt aus dem allgemeinen Strommix herausgerechnet und der Bahn zugeteilt wird, ändert sich an der Stromversorgung überhaupt nichts. Es wird nicht ein Gramm Kohle weniger verbrannt oder ein Atom weniger gespalten. Ähnlich ist es mit dem norwegischen Strom, der von vielen Stromanbietern als ökologische Alternative angeboten wird. Von dem in Norwegen produziertem Strom kommt in Deutschland nichts an, dazu ist die Entfernung viel zu groß. Real wird in Deutschland produzierter Strom rechnerisch gegen den in Norwegen erzeugten getauscht. Hier wird Kohle- und Atomstrom auf dem Papier zu Ökostrom, in Norwegen wird Strom aus Wasserkraftwerken als „schmutzige“ Energie verkauft. Die dortigen Stromerzeuger können sich das leisten, da sie die ihnen nach internationalen Abkommen zustehenden CO₂-Zertifikate nicht brauchen. Die Umstellung der Stromversorgung auf regenerative Quellen ist möglich. Das müsste aber gesamtgesellschaftlich geplant werden. Guter Wille einiger Stromkunden und finanzielle Anreize für Stromerzeuger reichen nicht aus. Gernot Linhart

* Vorstellung der wichtigen Neuerungen zum Krankenversicherungsrecht 8. Auflage, Stand 1.5.2011, 768 Seiten, 2-farbig, 16 Euro inkl. MwSt. zzgl. Portokosten. Bestellungen an: Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1 60318 Frankfurt, Tel.: (0 69) 15 33-28 20, Fax: (0 69) 15 33-28 40, E-Mail: bestellung@fhverlag.de, Online: <http://www.fhverlag.de>

**Redaktionsschluß für das
September-Echo: 1.09.11**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: gruendruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Neuaufgabe

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II - Der Rechtsratgeber zum SGB II

Für Hartz IV-Bezieher hat sich 2011 viel verändert. Die in der Fachhochschule Frankfurt am Main erschiene Neuaufgabe des »Leitfadens zum Arbeitslosengeld II« gibt Auskunft. Stichpunkte:

- * Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder
- * Anrechnung von Einkommen, insbesondere von Selbstständigen
- * Klagemuster zur Gegenwehr gegen die unsoziale Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II.
- * Darstellung der neu geregelten Sanktionen und die Verschärfungen bei Darlehensvergabe und Aufrechnung



Leserbriefe

Die wirklichen Gründe für den Krieg gegen Libyen

Jean-Paul Pougala, Soziologieprofessor aus Kamerun, analysiert den momentanen Krieg von NATO-Staaten gegen Libyen aus einer afrikanischen Perspektive als einen Krieg des Westens gegen die wachsende Einheit Afrikas, gegen den Ausbruch dieses Kontinents aus den Kolonialabhängigkeiten. Es war Gaddafi Libyen, das ganz Afrika eine erste Revolution in modernen Zeiten bescherte - die Vernetzung des gesamten Kontinents durch Telefon, Fernsehen und Rundfunk. Es begann um 1992 als 45 afrikanische Länder Rascom gründete, damit Afrika eigene Satelliten bekommen konnte. Dies setzte Gaddafi im Dezember 2007 durch für eine einmalige Zahlung von 400 Millionen Dollar. So hätte man die jährlichen Mietkosten von 500 Millionen Dollar eingespart. Der erste zur Gänze eigenständig durch afrikanische Staaten genutzte Satellit ist für 2020 geplant. Libyen bezahlte bisher nicht nur jährlich die 500 Millionen US-Dollar an Miete, sondern Millionen Dollar an Schulden und Zinsen, die der ursprüngliche Kredit generiert und die Ausplünderung des Kontinents einschließlich des Öls aufrecht erhalten hätte. Vermittlungsversuche im Krieg, wie z.B. durch den Venezolanischen Präsidenten Chávez wurden deshalb schroff zurückgewiesen, um um eben dieses Ziel - durch das Bombardement Libyens durch NATO-Staaten - zu erreichen. Dass die Hauptopfer Zivilisten und die selbst vom Westen geschätzten „Rebellen“ sind, spielt dabei keine Rolle, so der Bericht von Fulvio Grimaldi, Journalist und Dokumentarfilmer, zur Zeit in Tripolis (Quelle: Solidar-Werkstatt Österreich).

Uwe Moldenhauer

7 Jahre Montagsdemo in Gießen

Das verdient Anerkennung! Und das Elend ist noch viel größer. Es gibt nicht nur 1,5 Millionen „Aufstocker“. Die Hans Böckler-Stiftung hat in 2010 festgestellt, daß 500.000 Vollzeitbeschäftigte ihren Anspruch aufs Aufstocken nicht wahrnehmen, weil sie sich schämen oder weil es ihnen zu umständlich ist. Und da wird immer behauptet, wegen staatlicher Gelder würden die Arbeitslosen sich nicht ernsthaft um Arbeit bemühen. Allein diese Zahl zeigt, wie sie lügen, alle miteinander. Es ist richtig, nicht nur Hartz IV, sondern der ganze Kapitalismus muss weg. Aber wie?

F.W.

Tote Flüchtlinge

Der sachliche Artikel von G. Fülberth im Juli-Echo ist leider eine Ausnahme, anti-kommunistische Hetze die Regel.

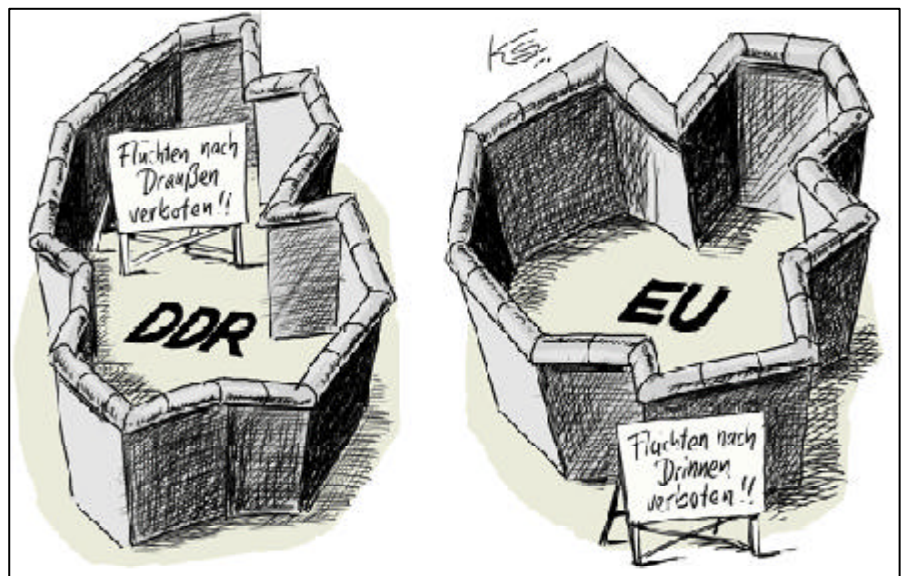
Der fanatische Herr Hubertus Knabe (Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) ist dafür bekannt, um nicht zu sagen berüchtigt, einerseits die Zahlen der an der Staatsgrenze BRD-DDR Umgekommenen hochzupuschen und andererseits die DDR und mit ihr alle linken Bestrebungen mit dem deutschen Faschismus gleichzusetzen. So auch in einem Interview in der NRZ am 5.8.11 wieder: »Viele Täter haben sich, wie nach dem Nationalsozialismus, auf den Befehlsnotstand berufen.« Den Vogel schießt er nun aber ab, indem er behauptet: »So, wie es keinen zentralen Befehl Hitlers zu Vernichtung der Juden gab, gab es auch keinen zentralen Befehl Ulbrichts oder Honeckers, an der Grenze Flüchtlinge abzuschießen.« Da werden die Antifaschisten Ulbricht und Honecker en passant mit dem Massenmörder Hitler und ein nicht existenter »DDR-Schießbefehl« (den er bisher immer wieder herbeihalluziniert hatte) mit dem industriell organisierten Massenmord an 6 Millionen Juden gleichgesetzt. Das ist selbst für Herrn K. ein echter Tiefpunkt seiner Propaganda. Übrigens habe ich von diesem Herrn bisher weder zu den JÄHRLICH Tausenden Armutsflüchtlingen an den EU-Außengrenzen (zuletzt am 05.08. mindestens 100 Ertrunkene vor Lampedusa, mutmaßlich unter den Augen der NATO) noch zu den mindestens 140 seit 1990 in der Bundesrepublik von Nazis Ermordeten ein einziges Wort des Bedauerns geschweige denn der Verurteilung gehört. Aber dies lässt vermutlich sein eigener politischer Standort gar nicht zu. Heinz-W. Hammer

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Gießener Magistrat und Nazis

Das ist ein Skandal erster Magnitude: Eine SPD-Grüne Stadtregierung weigert sich verbissen, ein Verbot der Nazi-Demo am 16.7.2011 auszusprechen, obwohl eine „wasserdichte“ juristische Begründung (Eritrea-Veranstaltung) vorlag und um „ein Zeichen zu setzen“.

Was ist von all den hehren Reden der Stadtoberen am Tage der Reichspogromnacht zu halten, wenn sie sich in entscheidenden Momenten mit aller Kraft wehren, die Nazi-Demo zu verbieten?! Von den Parteien mit Nazi-Altlasten und auch neuen Lasten (z.B. H.J. Irmer), die im Stadtparlament vertreten sind, ist natürlich nicht zu erwarten, dass sie Hebel in Bewegung setzen, um die Nazis einzudämmen; aber von SPD/Grüne/Bürgerliste hätte man es erwarten können! Ich will hier nicht die Sozialfaschismusdebatte neu beleben, es wäre aber zu diskutieren und historisch zu hinterfragen, ob die SPD nicht schon einmal in der deutschen Geschichte dazu beigetragen hat, dass die Nazis „an die Macht“ kommen konnten... Wir müssen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass der deutsche Faschismus 1945 nicht durch die Masse der deutschen Bevölkerung aus Einsicht in die Knie gezwungen oder abgeschafft wurde, sondern nur durch den Sieg der Alliierten. Dass Faschismus – alter oder ein neuer – hier im Land konsequent verhindert werden muss, ist keinesfalls fundamentales Bewusstsein aller Deutschen. Name ist der Red. bekannt



Veranstaltungen zum Anti-kriegstag am 1. September

Marburg

Revolution in Tunesien und Ägypten, Krieg in Libyen

Wohin geht es im Nahen Osten und welche Interessen verfolgt der Westen?

Referent: **Prof. Dr. Werner Ruf**

Donnerstag, 25. August, 18 Uhr, im Käte-Dinnebier-Saal des DGB-Hauses in Marburg, Bahnhofstr. 6,

Gießen

Ernstfall Angriffskrieg

Vortrag mit anschließender Diskussion

Donnerstag, 1. September, 19 Uhr, Dachsaal des DGB-Hauses in Gießen, Walltorstr. 17

Referent: **Jürgen Rose**, Oberstleutnant a.D.,

der sich kritisch mit den Interventionseinsätzen der Bundeswehr, speziell in Afghanistan, auseinandersetzen wird.

Eine gemeinsame Veranstaltung von der Gießener Friedensinitiative und der Gewerkschaft ver.di Mittelhessen

Vorankündigung: Am 16. November wird die „Berliner Compagnie“ in der Uni-Aula Gießen auftreten, bitte vormerken!

Das ZiBB - Zentrum für interkulturelle Bildung und Begegnung lädt ein zum **Tag der Kulturen**

am 19. August, ab 12.45 Uhr am Kirchenplatz

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 bis 19 Uhr bei den drei Schwätzern im Seltersweg.



Probeexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZabo@t-online.de www.unsere-zeit.de

Schluß mit den Bomben auf Libyen!

Seit nunmehr fünf Monaten, seit dem 19. März, wird Libyen bombardiert. Angeblich zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ verhängte der UN-Sicherheitsrat (bei fünf Enthaltungen) eine Flugverbotszone über Libyen. Seither ist Krieg, 16.700 Luftsätze hat die NATO bisher – nach eigenen Angaben - geflogen, täglich über 100.

Mehr als 1000 zivile Todesopfer haben die NATO-Bomber zu verantworten, mehr als 4000 Verletzte – bisher.

Aber die Rechnung, im Fahrwasser des arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten auch mit dem libyschen Staatschef Ghaddafi aufräumen zu können, ging auch nach fünf Monaten noch nicht auf. Das libysche Öl ist noch nicht greifbar. Offenbar ist die Bereitschaft der Libyer, ihre Regierung zu stürzen, nicht sehr groß. Immerhin verdanken sie ihr den höchsten Lebensstandard in Afrika und ein für die Region bei-

spielhaftes Bildungs- und Sozialsystem. Und die Wut der Bevölkerung wird durch die ständigen Bombardements nur größer. Am 20. Juni sind durch einen NATO-Angriff 15 Menschen getötet worden, darunter eine Mutter mit ihren drei Kindern; der



Flugverbotszone über Libyen

Vater hat jetzt die NATO verklagt. Die jedoch spitzt ihre Angriffe weiter zu – mit der Bombardierung des libyschen Fernsehens, bei dem drei Menschen getötet und 15 verletzt wurden. Anscheinend wollten sie nicht länger

dulden, daß über ihre Greuel berichtet wird. (Zur Erinnerung: 1999 hat die NATO den Belgrader Sender bombardiert, um „einseitige Berichterstattungen“ zu unterbinden).

Doch die Front der Aggressoren bröckelt: Norwegen zieht sich zurück,

Frankreich und Italien holen ihre Flugzeugträger heim, und die „Rebellen“ sind zerstritten.

Die Ärzteorganisation IPPNW, die 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, fordert die sofortige Einstellung der Angriffe und eine Feuerpause, um über Waffenstillstandsverhandlungen den Krieg zu beenden. Sie appelliert an die Bundesregierung, die derzeit den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hat, entsprechende Initiativen zu ergreifen. Berlin beteiligt sich jedoch an der weiteren Eskalation des Krieges; die Bundesregierung hat gerade dem sog. „Nationalen Übergangsrat“ einen 100-Millionen-Euro-Kredit gewährt. Erika Beltz